

An die Abgeordneten im Bundestag
und im Niedersächsischen Landtag
für Hildesheim

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als Vorsitzender des Stadtverbands der CDU in Hildesheim wende ich mich heute mit folgendem Anliegen an Sie:

Die Stadt Hildesheim nimmt im Vergleich mit allen Kommunen im Landkreis Hildesheim die größte Anzahl an Flüchtlingen auf. Zurzeit befinden sich rund 6.000 Menschen mit einem entsprechenden Status im Stadtgebiet. Diese Zahl liegt weit oberhalb dessen, was nach einer Quotenverteilung in der Stadt aufgenommen werden müsste. Grund ist unter anderem die eigendynamische Verteilung. Nachdem eine Verteilung nach Quote auf die Gemeinden erfolgt, hat die Stadt Hildesheim eine „Pull-Wirkung“, die dazu führt, dass über die Quote hinaus sich Flüchtlinge in der Stadt niederlassen.

Die Zahlen der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen steigt aktuell wieder rasant. Neben der dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet wird aktuell durch die Landesregierung die Errichtung eines Aufnahmelagers auf dem Volksfestplatz vorangetrieben. Dies bedeutet 1.000 zusätzliche Flüchtlinge über dem festgelegten Kontingent. Die aktuell zu erwartenden Aufnahmezahlen für die kommenden Monate bringen die Stadt weithin an die Grenzen ihrer Kapazitäten. Die städtischen Einrichtungen zur Unterbringung von Geflüchteten sind ausgelastet. Es werden nun Planungen zur Errichtung mehrerer Containerdörfer vorangetrieben. Neben dem kurzfristigen Aufnahmelager werden diese Containerdörfer eine Maßnahme für die kommenden Jahre sein.

Die große kommunale Baugesellschaft in der Stadt, die GBG, hat aktuell noch fünf freie Wohnungen zur Vermietung. Daran ist zu erkennen, welche Auswirkungen die Unterbringung Geflüchteter zusätzlich auf den belasteten Wohnungsmarkt hat. Die Stadt Hildesheim hat aktuell 1.300 Flüchtlinge selbstständig, also in eigener Verantwortung, aufgenommen. Hinzu kommen die 4.700 weiteren Personen, die privat und auf eigene Initiative untergebracht sind.

Aktuell steht im Kontext mit der Flüchtlingspolitik in der Stadt nur noch die Frage der Unterbringung im Raum. Für andere Fragen wie die Integrationsarbeit, Maßnahmen zur sozialen Unterstützung oder der Ausbildung, bleibt kein Raum.

Wir befinden uns klar in einer Krise. Aber weder die Landesregierung noch die Bundesregierung nimmt dies wahr oder geht mit dem erforderlichen Einsatz darauf ein. Man will die Krise in Land und Bund nicht wahrhaben - ein Agieren in einer Krise sieht anders aus. Sie, Frau Hillberg, Frau Grashorn und Herr Westphal sind für die Stadt in dieser Krise nicht sichtbar. Als zuständige Abgeordnete für unsere Stadt und unseren Landkreis ist dies überaus enttäuschend.

Die schwierigen Bedingungen zur Unterbringung stehen im Kontext einer hoch belasteten kommunalen Kasse. Mit vielen Leistungen und Ausgaben muss die Stadt in Vorleistung gehen. Die Erstattung von Kosten ist mit den Abstimmungen der letzten MPK zwar eindeutig festgelegt worden, decken aber in keiner Weise die tatsächlichen Ausgaben vor Ort. Die 7.500 EUR p.a. stellen den Kostenstand vor der Coronapandemie dar. Mittlerweile sind diese deutlich höher. Allein für Transferleistungen und Unterbringung sind Aufwendungen in Höhe von 5,5 Millionen Euro zu tragen. Diese Aufwendungen sind ohne Sekundärleistungen zu verstehen. Also Leistungen, die neben der Unterbringung auftreten oder die nur mittelbar zuzuordnen sind. Die Mehraufwendungen hieraus lassen sich kaum beziffern.

Als Kommunalpolitiker müssten wir mit Blick auf die defizitäre Haushaltslage, die Planung und Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung ablehnen. Hier stehen wir vor Ort aber in einem massiven Konflikt. Die Entscheidungsfreiheit zur kommunalen Politik ist uns genommen. Eine Ablehnung der Containerbauten hätte nicht die Konsequenz, dass damit das finanzielle Problem und das Unterbringungsproblem gelöst ist. Die Konsequenz wäre, dass anstatt der Container, Sporthallen zur Unterbringung ausgestattet werden müssten. Das will keiner.

Wir baden vor Ort in der Stadt Hildesheim die Unfähigkeit zur Krisenbewältigung der anderen Ebenen von Land und Bund aus. Die Verantwortung von Entscheidungen wird „nach unten durchgereicht“ ohne Einfluss nehmen zu können.

Vor Ort ist noch immer eine Bereitschaft zur Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen vorhanden. Dies ist gut so. Mit den steigenden Belastungen finanzieller Art, sinkt diese Bereitschaft aber zunehmend.

Neben der großen Aufgabe der Unterbringung trägt die Stadt Hildesheim viele weitere Aufgaben. Die Auswirkungen dieser sekundären Aufgaben, insbesondere auch auf die städtische Kasse, lassen sich nur schwer in Zahlen fassen. Eine sehr starke Belastung, bis Überlastung ist in der aktuellen Situation aber bereits spürbar.

An den allgemeinbildenden Schulen müssen Kapazitäten vorgehalten werden und die Betreuung begleitungsloser junger Flüchtlinge sowie allgemeine Hilfe und soziale Unterstützung ist zu organisieren. Zur Gestaltung einer Perspektive und zur Integration der Flüchtlinge muss Sprachunterricht ermöglicht werden. Dies sind nur einige der zu

nennenden Herausforderungen, die die Stadt zusätzlich zur Aufgabe der Unterbringung, unterstützungslos lösen muss.

Mehr als 1.000 zusätzliche Kinder und Jugendliche, die aus Krisengebieten an den Schulen unterrichtet werden, sorgen bereits jetzt für eine Überlastung der schulischen Infrastruktur.

Die Unterbringung in Containerdörfern wird dafür sorgen, dass die Schüler an verschiedenen städtischen Schulen beschult werden müssen. Hierzu ist eine Auflösung der derzeit geltenden Schulbezirke nötig. Die betroffenen Schüler werden dann mit Bussen durch die Stadt gefahren, um sie auf verbleibende Kapazitäten an den einzelnen Schulstandorten zu verteilen.

Auf die Folgekrise, die auf das Land zukommen wird und die Überbelegung der Schulen, ist die aktuelle Landesregierung nicht eingestellt. Auch hier ist erkennbar, dass die Augen vor der Krise verschlossen werden und kein Plan zur Bewältigung vorhanden ist. Anders lässt es sich nicht erklären, dass ein Einstellungsverfahren für zusätzliche Lehrkräfte und pädagogisches Personal länger als 6 Monate dauert. Wir sind aber jetzt auf dieses Personal angewiesen.

Ein weiterer Punkt wird nun deutlich sichtbar und gewichtiger: Das Abschaffen der Förderschulen „Lernen“ war ein großer Fehler. Schüler mit Defiziten im Bereich „Lernen“ müssen an Hauptschulen ebenso beschult werden, wie diejenigen, die nach Flucht und Vertreibung sprachliche und psychologische Unterstützung benötigen. Inklusion wird zu einer Mammutaufgabe.

In Hildesheim leben aktuell rund 2.000 Kinder, denen schnellstmöglich eine Sprachförderung ermöglicht werden muss. Sprache ist der Türöffner für Integration, Bildung, Arbeit und ganz besonders auch die langfristige und gute Bleibeperspektive. Sprachförderung ist originäre Aufgabe des Landes. Diese Aufgabe wird aktuell nicht wahrgenommen und vor allen Dingen nicht umgesetzt. Die Kommunen werden hiermit sich selbst überlassen. Für die Stadt Hildesheim bedeutet dies weitere 150.000,00 Euro im Jahr, um entsprechende Sprachkurse bei der VHS zu buchen.

Gleichzeitig zeigen die finanzielle Lage und der weitergehende Ausblick das allein, ohne die genannten Belastungen durch Flüchtlinge, die Aufrechterhaltung der kommunalen Aufgaben uns vor immer größere Herausforderungen stellen. Planungen eines GAZ im Kostenbereich von rund 100 Millionen Euro sowie notwendige Investitionen in Schulen, Kindergärten, Verkehr, ÖPNV und weitere Aufgaben, stellen nur einen Teil der großen kommenden Aufgaben dar.

In diesem Kontext kann es sich die Stadt Hildesheim eigentlich nicht leisten, aus eigenen Mitteln die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Betreuung geflüchteter Menschen und

Integration dieser Personen zu übernehmen. Sie tut dies trotzdem, wie viele andere Kommunen im ganzen Land auch.

Die genannten Herausforderungen machen es nun aber notwendig, finanzielle Missstände deutlich aufzuzeigen. Als Kommunalpolitiker haben wir vor Ort für unsere Nachbarn, unsere Freunde, unsere Familien, für die Bewohner unsere Heimat die Verantwortung der kommunalen Daseinsvorsorge zu tragen. Dem Spielraum im Rahmen dieser Verantwortung werden wir zunehmend beraubt. Immer weiterwachsende Aufgaben von Bundes- und Landesebene werden auf die kommunale Ebene verschoben. Diese Aufgaben sind aber nicht mit einer ausreichenden Finanzierung hinterlegt.

Die Unausgewogenheit wird insbesondere bei den Maßnahmen im Rahmen des Flüchtlingszustroms seit 2015 sichtbar. Als Stadt Hildesheim haben wir keine kommunalpolitischen Möglichkeiten die Zuteilung von Flüchtlingen zu beeinflussen. Dies erfolgt auf europäischer, aber insbesondere auf Bundes- und Landesebene.

Ich fordere Sie daher auf, sich im Sinne der Stadt Hildesheim und aller Kommunen im Landkreis und darüber hinaus für folge Maßnahmen vermehrt einzusetzen:

1. Die Finanzierung für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ausbauen, um den Kommunen Spielraum für die originären kommunalen Aufgaben zu lassen.
2. Förderung zur Herstellung von Unterbringungen, um den Wohnungsmarkt der Stadt Hildesheim zu entlasten.
3. Begrenzung der Zuströme: Bereits an den europäischen Außengrenzen ist zu klären, ob eine Flucht- bzw. Migrationsperson eine Bleibeperspektive hat. Personen, die dies nicht erfüllen, müssen nicht das System zusätzlich belasten.
4. Anpassung von Sozialleistungen für Flüchtlinge an vergleichbare europäische Niveaus.
5. Personen mit Bleibeperspektive in einem Schnellprogramm für den Arbeitsmarkt fit machen.
6. Schnelle Anerkennung von Berufsqualifikationen. Am besten kann ein Arbeitgeber entscheiden, in welcher Form jemand in einem Unternehmen eingesetzt werden kann. Langwierige Prozesse zur Anerkennung von bestimmten Qualifikationen vereinfachen und die Mitsprache des Arbeitgebers ermöglichen. Im Sinne der dualen Ausbildung können die Qualifikationen parallel zur Tätigkeit sichergestellt werden.
7. Die positive Mitwirkung am Asylverfahren muss mit in die Entscheidungsfindung einfließen. Die Europäische Union ebnet die Möglichkeit dafür, dass Flüchtlinge, welche ihre Personpapiere vorsätzlich vernichten oder entsorgen, einen entsprechenden Malus im Verfahren zu erwarten haben. Weiterhin wird der Weg geebnet, digitale und technische Verfahren zu nutzen, um zum Beispiel über das Mobiltelefon die Persönlichkeit und die Herkunft festzustellen. Diese Möglichkeiten

helfen das Verfahren an den europäischen Außengrenzen effizienter zu gestalten und schneller durchzuführen und müssen daher unterstützt werden.

Es ist mir bewusst, dass die angespannte Haushaltslage nicht nur die kommunalen Haushalte betrifft. Aber gerade dies sollte in der jetzigen Situation dazu führen, die finanzielle Planung und die Haushalte auf allen Ebenen auf den Prüfstand zu stellen. Bundes- und Landesebene sollten sich ihren originären Aufgaben bewusstwerden und sicherstellen, dass die Kommunen für deren Aufgaben mit genug Mitteln ausgestattet werden.

Viele der angesprochenen Punkte könnten noch wesentlich ausführlicher dargelegt werden. Gegebenenfalls ergibt sich hierzu auch die Möglichkeit eines direkten Austauschs.

Abschließend möchte ich betonen, dass das Thema der Migration und Flüchtlingsaufnahme ein breites Themenfeld mit vielen Facetten ist. Vieles davon muss differenziert betrachtet werden. Themen werden in der öffentlichen Wahrnehmung und Berichterstattung aber vielleicht auch in vorherigen Schreiben nicht klar abgegrenzt und teilweise vermischt. Wichtig ist es daher für mich zu betonen, dass ich klar zum Asylrecht stehe. Jeder Flüchtling muss sich darauf verlassen können, dass ihm dieses Menschenrecht gewährt wird. Wie aber klar dargestellt, ist die Stadt Hildesheim zunehmend damit überfordert die notwendigen Leistungen, die weit über die weitergegebenen Finanzierungen von Bund und Land hinausgehen, zu stemmen. Dies kann nicht unkommentiert hingenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelius Henning

Verteiler:

Bernd Westphal MdB (SPD)
Antonia Hillberg MdL (SPD)
Rashmi Grashorn MdL (B90/Grüne)

Sowie zur Kenntnis:

Fritz Güntzler MdB (CDU)
Tilman Kuban MdB (CDU)
Laura Hopmann MdL (CDU)
Carina Hermann MdL (CDU)

CDU-STADTVERBAND HILDESHEIM	Helmut Kohl Haus Bahnhofsallee 28 31134 Hildesheim	Vorsitzender Cornelius Henning 0151 / 64412851 Cornelius.Henning@me.com	DE67 2595 0130 0008 0067 38 Sparkasse HGP NOLADE21HIK
--------------------------------	--	--	--